

II- 441 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 24713

1979 -12- 12

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Ermacora, Dr. Ettmayer, Dr. Blenk
und Genossen
an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten
betreffend Haltungsänderung Österreichs bei den Vereinten
Nationen zugunsten des kommunistischen Kuba

Das plötzliche und unverständliche Einschwenken Österreichs
bei den UN für das kommunistische Kuba, das sich neben Kolumbien
um einen nichtständigen Sitz des Sicherheitsrates bewirbt, gegen
Kolumbien und damit das Votum gegen die nichtkommunistische
Staatenwelt hat im In- und Ausland Bestürzung und in ihrer
Tragweite noch nicht absehbare Reaktionen ausgelöst.

Von dieser auch neutralitätspolitisch bedeutsamen grundlegenden
Haltungsänderung wurde weder das Parlament noch der Rat für
Außenpolitische Angelegenheiten vorab unterrichtet. Mit dieser
Haltung wird eine gemeinsame Außenpolitik in Frage gestellt
und in Gefahr gebracht.

Die rechtlich umstrittene nachträgliche Erklärung des Außen-
ministers, Österreich habe mit dieser Haltungsänderung den Sicher-
heitsrat vor seiner Unfunktionsfähigkeit bewahren wollen, ist
unbefriedigend und läßt überdies die Folgen der außenpolitischen
Haltungsänderung außer Betracht.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten an den
Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Haben Sie zur Frage der Funktionsfähigkeit des Sicherheitsrates bei Nichtwiederbesetzung einer freigewordenen Stelle ein Gutachten des Völkerrechtsbüros oder des Verfassungsdienstes eingeholt, wenn ja, wann haben Sie dieses Gutachten eingeholt und wie lautet dieses Gutachten?
- 2) Wann haben Sie die Weisung zur Handlungsänderung erteilt, ist diese fernschriftlich oder telefonisch erteilt worden und wie wurde die Weisung zur Handlungsänderung aktenkundig gemacht?
- 3) Welche Nachrichten hat das dem Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten zugeteilte Informationsbüro über Reaktionen auf die österreichische Handlungsänderung gesammelt und über welche Reaktionen der demokratischen Staaten hat Ihr Informationsbüro Ihnen berichtet?